

UNABHÄNGIGE WÄHLER-GEMEINSCHAFT  
**UWG: Freie Bürger**



# STADT ECHO

**WÄHLEN GEHEN!**  
Am 13.09.2020  
ist Kommunalwahl.

Hallenfreibad Höntrop



Fußgänger im Fokus



Mühlenbach Gerthe



Grundschule Feldsieper Straße



Wohnungsbau Langendreer



Koordinierungsstelle für das Frauenhaus



# INHALT

Inhalt .....	02	Zu schmale Fußgängerwege .....	16
Einleitung .....	03	Zankapfel Berliner Straße .....	17
Hallenfreibad Höntrop .....	04	Elbestraße Kornharpen .....	18
Waldbühne Höntrop .....	05	Hässliche Steine / Tempotafeln .....	19
Kinder-/Jugendring-Diskussionsforum... ..	06	Koordinierungsstelle Frauenhaus .....	20
Wohnpark Hiltrop .....	08	Beschäftigungsgesellschaft .....	21
Strittige Bauvorhaben .....	09	Mühlenbach Gerthe .....	22
Wohnungsbau Langendreer .....	10	Gemeindeaufsicht prüft Bochum .....	23
Grünzug in Werne .....	11	Direktwahl zum Ruhrparlament .....	24
Grundschule Feldsieper Straße .....	12	Kurzweiliges .....	26
Digitalisierung von Schulen .....	13	Kontakt .....	27
Ihre Kandidaten .....	14		

UNABHÄNGIGE WÄHLER-GEMEINSCHAFT

**UWG: Freie Bürger**

**KLARHEIT ✓  
WAHRHEIT ✓  
OFFENHEIT ✓**

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**

Unabhängige Wähler-Gemeinschaft  
UWG: Freie Bürger

**Tel.:** (0234) 910-1983

**Mail:** info@uwg-freie-buerger.de

**Layout/Satz:**

unitad werbeagentur, Bochum

**Anschrift der Redaktion:**

Stadt Echo c/o  
UWG: Freie Bürger  
Otto-Brenner-Straße 25  
44866 Bochum-Wattenscheid

**Bilder:**

UWG: Freie Bürger, Jens Lücking,  
Ulli Engelbrecht, Stadt Bochum  
Presseamt, WasserWelten Bochum  
GmbH, Pixabay, IStock

**Druckauflage:** 10.000 Exemplare

**Erscheinungsweise:** 1/4 jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge und Zuschriften zu kürzen. Alle Angaben ohne Gewähr. Für Essays und Gastbeiträge übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gedruckt auf Recyclingpapier weiß (Blauer Engel, FSC)

## HINWEIS ZU „KEINE WERBUNG“

Parteizeitungen oder Gratis-Anzeigenblätter dürfen trotz „Keine Werbung“-Aufkleber eingeworfen werden. Sie enthalten redaktionelle Inhalte, gelten daher NICHT als Werbung. Hier hilft nur schriftlicher Widerspruch. (Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 1988 (Az. VI ZR 182/88))

## WIR LEBEN IN EINER ZEIT, DIE EIN EMPATHISCHES POLITISCHES HANDELN VERLANGT

„Es warten viele neue Aufgaben auf die Politik“, sagt Jens Lücking, „deshalb ist schön zu sehen, dass es uns in entspannter und kreativer Teamarbeit gelungen ist, vernünftige kommunalpolitische Leitlinien für die kommenden fünf Jahre zu entwickeln.“ Für den Fraktionsvorsitzenden und Oberbürgermeisterkandidaten der **UWG: Freie Bürger** steht im Wahlprogramm ganz klar das vertrauensvolle und partnerschaftliche Miteinander im Vordergrund. „Wir gestalten gute und ehrliche Politik mit und für die Bürger\*innen.“

Jens Lücking: „Wir sind in einer Krise. Niemand kann derzeit vorhersagen, wie sich dadurch unsere Volkswirtschaft entwickeln und wie sich die Krise auch auf die Unternehmen in Bochum auswirken wird. Es kann sein, dass Neuansiedlungen ausbleiben und somit keine weiteren Arbeitsplätze angeboten werden. Es kann sein, dass die Einwohnerzahl nicht weiter wachsen, sondern eher stagnieren wird. Es kann sein, dass durch die Corona-Pandemie bestehende Arbeitsplätze in Bochum und Wattenscheid wegbrechen werden. Wir leben in einer Zeit, die ein empathisches politisches Handeln verlangt, wenn es zum Beispiel auch um den Wohnungsbau geht. Wir befürworten zum Beispiel ein Gesamtkonzept, das unter anderem auch die Sanierung von Altbauten vorsieht und die Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus. Wohnen muss jetzt erst recht bezahlbar bleiben.“

Klarheit, Wahrheit, Offenheit – das sind die drei Säulen, auf denen sich das Fundament der Politik der **UWG: Freie Bürger** in Bochum und Wattenscheid aufbaut. „Wir sind im Rat und in Bezirksvertretungen aktiv und ebenso in unterschiedlichen Fachausschüssen und Kommissionen. Somit beobachten, begleiten und kontrollieren wir kritisch die Arbeit der Verwaltung, mischen uns ein, regen an, fragen nach, prüfen frei und ungezwungen Alternativen und sind offen für sachliche Debatten“, sagt Lücking und verweist auf eine Besonderheit: „Als unabhängige Wähler-Gemeinschaft sind wir weder übergreifenden Parteiinteressen noch Bundes- oder Landesprogrammen verpflichtet. Die **UWG: Freie Bürger** nimmt als reine kommunalpolitische Kraft auch nicht an der staatlichen Parteienfinanzierung teil, sondern finanziert ihre politische Arbeit ausschließlich aus den Beiträgen der Mitglieder und Spenden.“

Das Wahlprogramm der **UWG: Freie Bürger** steht hier zum Download bereit:

<https://www.uwg-freie-buerger.de/service/wahlprogramm>





# WIR BEFÜRWORTEN EIN FAMILIENBAD MIT WETTKAMPFTAUGLICHEM SCHWIMMERBECKEN

Das Hallenfreibad in Höntrop ist von seiner Lage her eines der attraktivsten Schwimmbäder in der Region. Aus diesem Grund sind die Standards zur Beachtung ökologischer Belange unbedingt zu berücksichtigen. Hans-Josef Winkler, Fraktionsvorsitzender der Bezirksfraktion der **UWG: Freie Bürger** in Wattenscheid, betont, man solle auch die Bürger\*innen in die Beratung miteinbeziehen, bzw. die Freunde des Hallenfreibades Höntrop. Denn: Welche Variante wollen die Menschen, für die das Hallenfreibad Südpark in Höntrop gebaut werde?

„Durch die in den vergangenen Jahren heißen Sommer wurde noch einmal deutlich, wie notwendig es ist, nutzbare Freibäder zu haben. Freibäder bieten die Möglichkeit der Freizeitgestaltung und Erholung für alle Altersgruppen und Familien. Sie sind ein Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge, ein sozialer Ort des Austausches, des Sports und Erholung und somit ein wichtiger Teil der Stadtkultur. Sich kostengünstig abzukühlen und zu erholen erhöht die Lebensqualität für viele Menschen in Wattenscheid und Umgebung.“

Das dieses zu sozialverträglichen Eintrittspreisen möglich sein muss, ist von herausragender Bedeutung. Die Fraktion **UWG: Freie Bürger** befürwortet daher ein Familienbad, das auch Sportschwimmer\*innen in Wattenscheid in einem wettkampftauglichen Schwimmerbecken (50 Meter Becken) ihren Sport ermöglichen sollte. Winkler „Bei der von uns favorisierten Variante 3 unter Berücksichtigung nachfolgender Forderung wäre das möglich.“

**Die Variante 3 muss um folgende Punkte ergänzt werden: Das bestehende Freibadbecken bleibt erhalten. Ein Teil wird zu einem Nichtschwimmbereich umgebaut. Das Sprungbecken und der Sprungturm bleiben Bestandteil der Anlage. Denkbar wäre, dass im unteren Bereich (Alter Eingang) ein Sport-/Spielbereich eingerichtet würde, z. B. mit einem Beachvolleyballfeld und Kinderspielgeräten.**

Winkler weiter: „Die Variante 1 ‚Spaßbad‘, wie von der SPD gefordert, kommt für uns eher nicht in Frage. Hier müssten zunächst die Problematiken zur Parkplatzsituation und zur Zufahrt abgeklärt werden, was

ein langwieriger Prozess sein könnte und dessen Ausgang ungewiss ist. Dadurch würde sehr viel Zeit verloren gehen bis zu einem möglichen Baubeginn. Zudem ist es fraglich, ob die dann zu erwartenden Besucherströme nicht den Charakter des Südparks überfordern.“



Eine Variante mit Cabriodach anstelle eines Freibades sei auch nicht die von der **UWG: Freie Bürger** favorisierte Lösung, sondern ein maximal schlechter Kompromiss, bekräftigt Winkler. „Bei allen Überlegungen darf die Finanzierbarkeit in diesen Zeiten nicht außer Acht gelassen werden. Die handelnden Personen werden nun aufgefordert endlich Ergebnisse der Beratungen aus der Vergangenheit in die Tat umzusetzen.“

Die Darstellung der Varianten zur Neugestaltung Hallenfreibad Höntrop im Ausschuss für Sport und Freizeit am 15.05.2020 findet sich hier: [https://session.bochum.de/bi/to0040.asp?\\_\\_ksinr=12843&toselect=204541](https://session.bochum.de/bi/to0040.asp?__ksinr=12843&toselect=204541)



# UMFANGREICHE MÄNGELLISTE WIRFT FRAGEN AUF



**„Das Kulturbüro der Stadt Bochum hat uns mitgeteilt, dass die Waldbühne Höntrop in diesem Jahr nicht für die Märchenspiele im Sommer 2020 genutzt werden kann. Die Gründe seien zum einen eine fehlende Baugenehmigung sowie – wie von den Technischen Betrieben der Stadt Bochum aufgelistet – bauliche Mängel“, sagt Hans-Josef Winkler, Wattenscheider Bezirksfraktionsvorsitzender der UWG: Freie Bürger.**



So weist die Konstruktion der Tribünen-überdachung flächige Korrosionsschäden auf, Abplatzungen und Beschichtungen müssten instandgesetzt werden. Bei der Tribüne habe man bei den Stufen und Sitzflächen erhebliche Betonabplatzungen, lose Betonflächen, Risse und Fehlstellen festgestellt. Das Toilettengebäude zeige unter anderem größere Setzungsrisse, zudem sei die WC-Anlage der Waldbühne für die möglichen Besucherzahlen zu klein und die Trinkwasserinstallation wurde von den Zentralen Diensten im Sommer 2019 als belastet / verkeimt festgestellt, zitiert Winkler aus der Mängelliste.

Diese Zustandsbeschreibung werfe für die Wähler-Gemeinschaft einige Fragen auf. Winkler: „So wurde 1997 die Waldbühne auf die Dauer von 30 Jahren per

Erbaurechtsvertrag übertragen. Welche Pflichten für den Erhalt der Bauwerke und des Grundstückes wurden in dem Vertrag festgelegt? Besteht außerdem die Möglichkeit, den Mitgliedern des Kulturausschusses den 1997 geschlossenen Vertrag zur Verfügung zu stellen (ggf. als nichtöffentliche Mitteilung)? Sind 1997 auch Fördergelder des Landes geflossen? In welcher Höhe und mit welchen Auflagen wurden diese erfüllt? War der Verwaltung 1997 bekannt, dass für die Waldbühne keine Baugenehmigung existiert? Ist der für die Sanierung im Doppelhaushalt 2020/21 eingestellte Betrag ausreichend für eine umfangreiche Sanierung? Wann wird die Verwaltung einen detaillierten Ablaufplan für die Sanierung der Waldbühne mit einem Fertigstellungstermin im Jahre 2021 vorlegen?“

„Wir haben wegen der Dringlichkeit die Fachverwaltung gebeten, uns die Antworten noch vor der Sitzung des Kulturausschusses schriftlich zu beantworten“, sagt Hans-Josef Winkler.

# WIR HABEN UNSERE STANDPUNKTE KLAR UND TRANSPARENT DARGESTELLT



„Wer hat das beste Rezept für Bochum“ hieß es kürzlich im RuhrCongress. In der politischen Diskussionsrunde zur Kommunalwahl am 13. September ging es darum, mit welchen politischen Ideen unsere Stadt in den nächsten fünf Jahren fit gemacht werden soll.



„Unsere Standpunkte sind ganz klar und transparent“, sagte Jens Lücking von der **UWG: Freie Bürger**. „Auf unserer Prioritätenliste stehen Bürgerbeteiligung, Mobilität und Schulentwicklung.“

Die Gesprächsrunde auf dem Podium behandelte die Themen Umwelt, Mobilität, Fremdenfeindlichkeit, Wohnen, Schule und Ehrenamt. Lückings Fazit: „Die Linken wollen in vielen Bereichen mehr Geld ausgeben, können aber nicht erklären, wo es herkommen soll.

Die Grünen wollen den Autoverkehr zugunsten von Fahrradwegen verdrängen, SPD und CDU sind mit dem Erreichten zufrieden und die FDP möchte Haushaltsdisziplin

und Steuersenkungen – auch in Coronazeiten.“

Eingeladen hatte der Kinder- und Jugendring Bochum e.V., der die Teilnehmerzahl der zuhörenden Gäste auf 66 Personen begrenzt hatte. So waren nur Jugendleiter und Ehrenamtliche im Auditorium, „einen Kontakt zu Kindern und Jugendlichen gab es somit leider nicht“, bedauerte Lücking. Die Veranstaltung wurde mitgeschnitten. Aus dem Material solle dann ein Filmbeitrag erstellt werden, der in den sozialen Medien, u.a. auch bei Instagram, eingestellt würde, infomiert der Kinder- und Jugendring.



# VIELE KINDER, ABER KEIN PLATZ FÜR GEMEINSAMES SPIELEN



**Der Wohnpark Hiltrop/Marie-Luise-Tanski-Straße ist mit der Bebauung von 51 Häusern zu ca. 95 Prozent fertiggestellt und bezogen. Im Wesentlichen haben hier junge Familien mit einer nennenswerten Anzahl kleiner Kinder ihr neues Zuhause gefunden. „Obwohl die Grundstücke recht individuell angelegt sind, gibt es für die Kinder keinen Platz zum gemeinsamen Spielen“, hat Hans-Friedel Donschen von der UWG: Freie Bürger festgestellt.**



Für den Bezirkspolitiker im Bochumer Norden gilt: „Die Wichtigkeit von Spielflächen ist in der Corona-Pandemie deutlich geworden. Die im Umfeld gelegenen Spielplätze sind entweder weit entfernt und/oder nur über eine vom Autoverkehr stark befahrene Straße zu erreichen. Der Zugangsbereich zum Wohnpark bietet geeignete Flächen, die kindgerecht zum

gemeinsamen Spielen gestaltet und hergerichtet werden können. Die Gestaltung sollte an die sehr ansprechenden Malereien/Profigräffitis der Lärm-Schutzwände angepasst werden. Derzeit dienen die begrünten Flächen leider eher der Müllentsorgung.“

Daher hat Donschen eine Anfrage für die Bezirksvertretungssitzung formuliert: „Gibt es bereits Planungen zur Gestaltung für die dem Wohnpark vorgelagerten Freiflächen? Wurde bei der Wohnpark-Planung ein Kinderspielplatz berücksichtigt/vorgesehen? Sind die Möglichkeiten für eine Kinderspielzone auf diesen Freiflächen bereits geprüft oder wird dies in Kürze noch erfolgen?“



# SCHÖN GERECHNETE ZAHLEN UND PLANABWEICHUNGEN WERBEN NICHT FÜR BÜRGERFREUNDLICHKEIT

**Nicht alle Bauvorhaben, die in der vergangenen Ratssitzung beschlossen wurden, sind von der Bochumer Ratsfraktion der UWG: Freie Bürger mitgetragen worden. Vor allem stark kritisierte Projekte, unter anderem die Bebauung an der **Schloßstraße in Weitmar** und das „**Edeka-Projekt**“, das Bauvorhaben in Weitmar-Mark, standen bei der „Unabhängigen Wähler-Gemeinschaft“ unter einem besonderen Augenmerk.**

„Das ‚Edeka-Projekt‘ können wir nicht mittragen, da das vorliegende Verkehrsgutachten mit eher willkürlichen Zahlen operiert“, sagt Fraktionschef Jens Lücking, dessen Fraktion dagegen gestimmt hatte. Schließlich gebe es zukünftig neue verkehrliche Einflüsse im Stadtteil, wie zum Beispiel durch einen Kreisverkehr und eine Ampelanlage, deren zusätzliche Auswirkungen in dem Gutachten allerdings überhaupt nicht berücksichtigt werde. „Unsere Befürchtungen sehen wir bestätigt, dass hier Zahlen geradegerückt wurden, um etwas passend zu machen, was nicht zusammen passt“, kritisiert Lücking und verweist darauf, dass das auch die Anwohner bereits seit 2014 thematisieren.

„Beim Bauvorhaben Schloßstraße zeigt sich leider, dass Ausmaße und Qualität nicht mehr der ursprünglichen Ausgangssituation entsprechen. Es ist nicht das, was es mal werden sollte. Allerdings hat sich der Bezirk Südwest für die Bebauung ausgesprochen. Das wollen wir akzeptieren, da es eines unserer politischen Zielforde-

rungen ist, Entscheidungsbefugnisse und Kompetenzen der Bezirksvertretungen zu stärken und nachhaltig zu begleiten“, sagt Lücking. Daher habe man sich bei diesem Tagesordnungspunkt „qualifiziert enthalten“.

Sein Fazit zur Sitzung: „Schön gerechnete Zahlen und Planabweichungen sind kein probates Mittel, um für Vertrauen und Bürgerfreundlichkeit zu werben.“



# AM EHEMALIGEN „ZWISCHENFALL“-STANDORT ENTSTEHEN HOCHPREISIGE WOHNUNGEN



**Gut Ding will Weile haben, doch nun geht's auf dem Grundstück (ehemals „Zwischenfall“) an der Alten Bahnhofstraße tatsächlich los: Die Erdarbeiten sind abgeschlossen, der Grund ist vorbereitet und in Kürze beginnen die Rohbauarbeiten.**

Laut Medienberichten werden nun 36 Wohnungen zwischen 40qm und 80qm entstehen. Alle Wohnungen seien barrierefrei und verfügten über einen Balkon. Die Quadratmeter-Kosten liegen dabei zwischen 8,50 und 9,50 Euro. Ins Erdgeschoss ziehe zudem eine Netto-Filiale ein. „Es ist gut für den Bereich Alter Bahnhof, dass nach langen Verhandlungen nun eine zukunftssichere Lösung für den Standort gefunden wurde“, sagt Ulli Engelbrecht von der Wählergemeinschaft **UWG: Freie Bürger**, der für den Listenplatz 1 im Wahlbezirk Ost kandidiert.

Allerdings: „Bei den doch sehr hohen Mietpreisen stellt sich schnell die Frage, ob nicht dadurch einem plötzlichen Verdrängungsprozess am Standort Tür und Tor geöffnet wird“, kritisiert Engelbrecht und verweist darauf, dass die Mieten im Bochumer Mittel bei rund 7 Euro liegen (WAZ, 21.01.2020). „Es gilt weiterhin zu bedenken, dass durch die Corona-Krise, die noch lange nicht beendet ist, bestehende Arbeitsplätze in Bochum wegbrechen werden und den Menschen einfach das Geld fehlt, um hochpreisige Neubauwohnungen bezahlen zu können.“



Engelbrecht: „Langendreer ist nicht Stiepel – und sozial geht anders. Im Bochumer Osten ist es wichtig, die Ausweitung des Sozialwohnungsbestandes anzustreben. Denn das Wohnen im Quartier muss bezahlbar bleiben.“

# AUFWERTUNG SETZT WEITERES POSITIVES ZEICHEN FÜR MEHR LEBENSQUALITÄT IM STADTTTEIL



**„Wir begrüßen und unterstützen jede Maßnahme, die die Lebens- und Aufenthaltsqualität im Stadtteil steigert“, sagt Beate Wolf, politisch engagiert im Bochumer Osten und Kandidatin der UWG: Freie Bürger für den Wahlbezirk 41 Laer/Werne West. „Es ist bereits jetzt schon gut zu sehen, wie positiv sich der Grünzug, der sich zwischen Werner Feld, dem Friedhof Werne, über die Straße Am Heerbusch hinweg bis zum Wallbaumweg erstreckt, entwickeln wird.“**

Bauliche Schwerpunkte der Maßnahme im Rahmen des städtebaulichen Entwicklungsprogrammes Soziale Stadt WLAB (Werne/Langendreer-Alter Bahnhof), die mit Mitteln der EU, des Bundes, des Landes und der Stadt Bochum finanziert wird, sind unter anderem eine bessere Wegeföhrung und eine neu geordnete Wasserrückhaltung. Da der vorhandene Entwässerungskanal auf große Starkregenereignisse nicht ausgelegt war und auch nicht vergrößert werden kann, legt die Stadt nun wegebegleitende Mulden an, in denen das Wasser zurückgehalten wird und so verzögert abfließt.

Die Arbeiten, die im März begannen, werden voraussichtlich sechs Monate dauern. Die ersten Bodenarbeiten fanden auf der großen Wiese hinter der Kleingartenanlage Flora statt. Von dort wird der Bauablauf weiter bis zum Friedhof Werne gehen. Aufgrund des

meist sehr schmalen Grünzuges ist in der Bauphase die Wegeverbindung gesperrt, um eine Gefährdung der Bürger\*innen auszuschließen. Auch ist der Bolzplatz derzeit nicht bespielbar, da er während der gesamten Bauphase als Lagerfläche genutzt wird. Nach Fertigstellung des Grünzuges wird der Bolzplatz saniert und nach den Wünschen der Anwohner\*innen umgestaltet. Im Zuge der Bauarbeiten entstehen auch Holzkonstruktionen, die als Kunst-, Klang- oder beispielbare Elemente den neuen Grünzug ergänzen.



# WIR MÜSSEN DIE KOSTENSCHÄTZUNGEN IM BLICK BEHALTEN

„Wir haben der vorgelegten Planung zugestimmt, aber die Kostenschätzungen mit einem Volumen von 17,7 Millionen zuzüglich einer ‚Kostenvarianz‘ und ‚Preisindexierung‘ bei Baubeginn in 2021= Gesamtkosten von 23 Millionen, erfordern weiterhin größte Aufmerksamkeit“, sagen Karl Heinz Sekowsky, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, und Tim Pohlmann, schulpolitischer Sprecher der **UWG: Freie Bürger**, unisono.

Die Kostenprognosen von 2016 und 2019 seien inhaltlich nur bedingt vergleichbar, deshalb bedürfe die Gültigkeit der Aussagen der ständigen Beobachtung – und zwar von Beginn an. „Die verschiedenen Maßnahmen im Rahmen des jetzt einbezogenen Klimaschutzes befürworten wir ausdrücklich“, meint Pohlmann und fügt hinzu: „Für unsere Entscheidung, das Projekt Feldsieper Schule zu unterstützen, war letztendlich der Wille, möglichst zügig für die künftigen Schülerinnen und



Schüler sowie die gesamte Schulgemeinde Bedingungen zu schaffen, die Freude am Lernen erzeugen.“

## UNSER THEMA: SANIERUNGSGESELLSCHAFT

Aktuelle Projekte im Schulneubau (Beispiele: Schulzentrum Gerthe, Feldsieper Schule) weisen im Nachgang eine enorme Kostenexplosion im Vergleich zu den ersten Planungen auf. Dies betrifft allerdings nicht nur Neubauten, sondern auch die Sanierungsmaßnahmen und Modernisierungen. Nur selten haben erste Kostenschätzungen am Ende annähernd Bestand. Um solche finanzielle Mehrbelastungen in den Griff zu bekommen, fordern wir die Gründung einer städtischen Bau- und Sanierungsgesellschaft für Schulen und KiTas. Durch ein effektiveres Baukostencontrolling, zeitliche Beschleunigungen, vereinfachte Ausschreibungsbedingungen und einem Nachtragsmanagement gibt es nachweislich ein sehr hohes Einsparpotential, wie beispielsweise die Städte Moers oder Dinslaken zeigen.



# NACH DER HAUSTÜR IST NICHT SCHLUSS



**Nach der Ankündigung von OB Thomas Eiskirch, bis zum Ende der Ferien im August alle Bochumer Schulen an das schnelle Internet anbinden zu wollen, waren die Erwartungen hoffnungsvoll. „Nun scheint es aber so, als gibt es zeitliche Probleme mit dem Kabelanbieter“, sagt Tim Pohlmann, schulpolitischer Sprecher der UWG: Freie Bürger.**

Natürlich haben auch schon Verkabelungen stattgefunden. Und dort, wo es funktioniert, liegt der Anschluss im Gebäude. „Und dann?“, fragt Pohlmann, „nach der Haustür ist nicht Schluß“. Die Verwaltung schreibt dazu, dass es im ersten Schritt eine zeitnahe Inhouse-Verkabelung bis zum ersten Verteilerpunkt geben werde und verweist auf den Medienentwicklungsplan. Hier sei zwar ein leistungsfähiges WLAN festgeschrieben und auch Bestandteil weiterer Planungen, „ein genauerer Zeitpunkt zur Realisierung steht aber nicht fest“, sagt Pohlmann. „Es ist ein Leichtes, sich hinzustellen und den Anschluss aller Schulen an das schnelle Internet anzukündigen - was offensichtlich auch klappt, aber: Funktionell ist das Ganze bei weitem noch nicht.“

Bei den bisher umgesetzten (und auch bei den noch durchzuführenden) Digitalisierungsarbeiten werden die Schulen in

die Pflicht genommen. So liege z.B. die datenschutzrechtliche Verantwortung bei der jeweiligen Schulleitung. Zudem müssen die Schulen ein eigenes Medienkonzept erstellen, um an Fördergelder und Ausstattung zu gelangen. Von Seiten der Verwaltung werde nur eine Hilfestellung angeboten. Ebenso sollten die Schulen höchstselbst für einen „First-Level-Support“ sorgen. Eine Übernahme durch die Stadt, so die Verwaltung, würde nämlich zu erheblichen Personalmehrbedarf führen. Pohlmann: „Da darf man sich schon fragen: Die Schulen aber verfügen über dieses Personal?“



Um Planung, Koordination und Umsetzung bzw. Betreuung kümmern sich u.a. Schulverwaltung, Zentrale Dienste, das Amt für Personalmanagement sowie der Breitbandkoordinator. Pohlmann: „Klare Sache: Zu viele Köche verderben den Brei.“ Sein Fazit: Es müsse dringend nachgebessert werden. „Neben der Koordination aus einer Hand muss es für die Schulen wesentlich mehr Grundlagenunterstützung von der Stadt geben. An diesem Punkt könnte die von uns geforderte Sanierungsgesellschaft andocken, wenn diese in einem Teilbereich die Digitalisierungstechnik mit abdecken würde.“

## Ein starkes Team für unsere Stadt!



**Karl Heinz Sekowsky**

Ihr Kandidat für Höntrop-Süd/  
Sevinghausen



**Hans-Friedel Donschen**

Ihr Kandidat für Bergen/Hiltrop  
und den Bezirk Bochum-Nord



**Beate Wolf**

Ihre Kandidatin für Laer/Werne-West



**David Schmidt**

Ihr Kandidat für Innenstadt-Südost



**Jennifer Happe**

Ihre Kandidatin für Eppendorf/Munscheid



**Peter Mainka**

Ihr Kandidat für Riemke



**Martin Poettgen**

Ihr Kandidat für Bärenдорf



**Thomas Schmalstieg**

Ihr Kandidat für Wattenscheid-West/Leithe



**Maria Leuschner**

Ihre Kandidatin für Grumme



**Ulrich Schmitt**

Ihr Kandidat für Dahlhausen



**Susann Schaefer**

Ihre Kandidatin für Steinkuhl



**Peter Bonczek**

Ihr Kandidat für Hofstede



**Heike Mundt-Poettgen**

Ihre Kandidatin für Linden



**Frank Bieberschulte**

Ihr Kandidat für Wiemelhausen



**Marcus Schulz**

Ihr Kandidat für Voede/Harpen



**Alexandra Ordziszewski**

Ihre Kandidatin für Hamme/Hordel



**Jens Lücking**

Ihr Kandidat für Goldhamme/Stahlhausen und Oberbürgermeisterkandidat



**Hans-Josef Winkler**

Ihr Kandidat für Höntrop-Nord und den Bezirk Wattenscheid



**Tim Pohlmann**

Ihr Kandidat für Günnigfeld/Südfeldmark



**Claudia Bolesta**

Ihre Kandidatin für Brenschede/Stiepel und den Bezirk Bochum-Süd



**Ulli Engelbrecht**

Ihr Kandidat für Langendreer-Ost und den Bezirk Bochum-Ost



**Dr. Hans-Jörg Bange**

Ihr Kandidat für Innenstadt-Nord/Schmechtingwiese



**Renate Bings**

Ihre Kandidatin für Weitmar-Mitte



**Stefan Mull**

Ihr Kandidat für Weitmar-Süd und den Bezirk Bochum-Südwest



**Gudrun Winkler**

Ihre Kandidatin für Querenburg



**Holger Happe**

Ihr Kandidat für Wattenscheid-Mitte/Ost



**Phillip Mangan**

Ihr Kandidat für Langendreer-West



**Norbert Hölter**

Ihr Kandidat für Ehrenfeld



**Anja Hagelganz**

Ihre Kandidatin für Werne



**Manfred Seidel**

Ihr Kandidat für Altenbochum und den Bezirk Bochum-Mitte



**Frank Schwerd**

Ihr Kandidat für Langendreer-Nord/Ümmingen



**Katja Kanthack**

Ihre Kandidatin für Wattenscheid-Mitte/Westenfeld



**Tobias Schwesig**

Ihr Kandidat für Gerthe/Rosenberg

**Ihre Stimmen**

**für unsere Kandidaten in  
Bezirksvertretung, Rat & RVR  
am 13. September 2020**

# SCHMALE FUSSGÄNGERWEGE VERHINDERN ABSTANDSREGELN



„Ich glaube, es ist nun an der Zeit, die Fußgänger stärker in den Fokus zu rücken. Fußgängerwege müssen so gestaltet sein, dass auch ein problemloses Passieren von zwei Menschen mit Rollator oder Kinderwagen möglich ist“, sagt Jens Lücking, Fraktionsvorsitzender der UWG: **Freie Bürger** und Oberbürgermeisterkandidat. Dass das auf vielen Gehwegen im Bochumer Stadt- und Stadtteilgebiet nicht möglich ist, hat er in zahlreichen Gesprächen mit Bürgern erfahren. „Der Tenor: Für Radfahrer wird alles getan, Fußgänger aber bleiben auf der Strecke.“



Lücking: „Mobilität ist nach unserem Verständnis nicht ein Beschneiden einzelner Verkehrsträger zu Gunsten anderer, sondern ein partnerschaftliches und verständnisvolles Mit-

einander.“ Nun käme aber noch zusätzlich hinzu, dass es in Zeiten von Corona nicht möglich sei, den Mindestabstand auch auf diesen Gehwegen einzuhalten. „Der Sicherheitsabstand von 1,5 Metern wird uns zur Bekämpfung des Virus noch einige Zeit begleiten. Besonders an sonnigen

Tagen ist der Abstand aufgrund der hohen Anzahl an Fußgängern nicht auf jedem Gehweg einzuhalten. Die Gefahr einer Ansteckung kann also nicht komplett ausgeschlossen werden. Mein Fazit: Um die Einhaltung der Abstandsregeln in der Öffentlichkeit zu gewährleisten, muss daher zwingend mehr Raum für Fußgänger geschaffen werden.“

Um diesen Sachverhalt in die öffentliche Diskussion zu bringen, hat Jens Lücking eine Anfrage für den Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität formuliert. „Ich möchte Klarheiten: Sind der Verwaltung öffentliche Flächen bekannt, an denen der Mindestabstand zwischen den Fußgängern, auf Grund der baulichen Gegebenheiten nicht eingehalten werden kann? Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, kurzfristig den Raum für Fußgänger an hochfrequentierten Bereichen zu vergrößern? Wie bewertet die Verwaltung die zeitlich begrenzte Schaffung von „Begegnungszonen“ in denen eine gemeinsame Nutzung von Fußgängern und Fahrzeugen mit gegenseitiger Rücksichtnahme möglich ist?“



# RADVERKEHR FÖRDERN – ABER NICHT UM JEDEN PREIS



„Radverkehr fördern – aber nicht um jeden Preis!“ Dieses Fazit zieht Hans-Josef Winkler, Vorsitzender der Wattenscheider Bezirksfraktion der UWG: **Freie Bürger**, aus dem Antrag der Grünen, den sie kürzlich in die Sitzung der Bezirksvertretung Wattenscheid eingebracht hatten. Thema: Der zukünftige Radfahrstreifen auf der westlichen Seite der Berliner Straße von der Steeler Straße bis zur Ottostraße soll verlängert werden.

„Bereits im September 2019 setzte die Koalition aus SPD und Grünen den Beschluss durch, zugunsten eines Radfahrstreifens an der Berliner Straße zwischen Propst-Hellmich-Promenade und Steeler Straße einen Rückbau von vier auf zwei Spuren vorzunehmen. Da waren die **UWG: Freie Bürger** gemeinsam mit der CDU dagegen“, sagt Winkler. Ebenso habe man nun auch gegen den neuen Antrag zur Verlängerung gestimmt.

„Wenn man glaubt, großflächig ausgebaut Radwege sorgen dafür, die Menschen vom Auto auf das Rad zu zwingen, dann wird man ein ‚grünes Wunder‘ erleben“, kritisiert Winkler. „Wenn diese Verkehrspolitik so durchgesetzt wird, kann das der Geschäftswelt in Wattenscheid die Existenz kosten. Zudem werden Familien mit Kleinkindern, Senioren oder Menschen, die körperlich beeinträchtigt sind, abgehängt. Denn sie können nicht so einfach auf das Rad umsteigen. Natürlich ist Radfahren bei einer Wetterlage, wie wir sie in den vergangenen Wochen hatten, eine sinnvolle Art der Fortbewegung. Doch der nächste Winter kommt

bestimmt! Es wäre sicherlich sinnvoller und sicherer, den vorhandenen Gehweg auf der Ostseite der Berliner Straße zu einem kombinierten Rad- und Fußweg auszubauen.“



Die **UWG: Freie Bürger** sprach sich in der Sitzung auch gegen eine weitere Lichtzeichenanlage zur Ein- und Ausfahrt zu dem im Bau befindlichen Baumarkt aus. „Eine zusätzliche Anlage macht das Chaos erst richtig perfekt. Wir hätten dann schließlich in einem Bereich von rund 500 Metern vier Ampelanlagen: Steeler Straße, Baumarkt, A40-Aus- und Einfahrt und die Ampel an der Kreuzung Otto-/Berliner Straße. Dem Bau eines Radfahrstreifens auf der Steeler Straße haben wir natürlich zugestimmt, weil es an dieser Stelle absolut Sinn macht“, resümiert Hans-Josef Winkler.

# ELBESTRASSE LEIDET UNTER ERHÖHTEM BUS- UND LKW-VERKEHR



Seit der Fahrplanumstellung im Dezember des vergangenen Jahres fahren stündlich vierzehn Busse durch die Elbestraße Richtung Ruhrpark und zurück. Zusätzlich zur Linie 368 seien jetzt noch die Linien 358 und 395 hinzugekommen. „Das ist deutlich zu viel für diese Straße“, befindet Manfred Seidel, sachkundiger Bürger für die UWG: **Freie Bürger** im Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität.



„Die Elbestraße ist eine Wohnstraße und für Busse und LKW nicht geeignet, sie ist viel zu eng und entgegenkommende Fahrzeu-

ge müssen teilweise über den Gehweg ausweichen“, sagt Seidel. Und auch dies: Obwohl der Straßenbelag der Elbestraße vor vier Jahren erneuert wurde, habe sich der Zustand der Straße durch die starke Nutzung schwerer Fahrzeuge extrem verschlechtert.“ Grund genug für ihn, die Verwaltung auf die Situation aufmerksam zu machen.

Für die kommende Sitzung hat er eine Anfrage formuliert, in der er den Vorschlag macht, die neuen Linien 358/395 auf die Straßen „Auf der Prinz“ und „Kornharpener Straße“ zu verlegen. „Auch wäre zu prüfen, ob die Anwohner der beiden Straßen eine zusätzliche Haltestelle erhalten könnten.“ Seidel möchte zudem

wissen, wie die Verwaltung den Zustand des Straßenbelages der Elbestraße beurteilt und ob es Möglichkeiten gibt, den Zustand zeitnah zu verbessern. Seidel: „So wie es derzeit ist, ist es jedenfalls nicht in Ordnung.“



## HÄSSLICHE STEINE KÖNNEN ABER NUR PROVISORISCHE LÖSUNG SEIN

„Es ist ein Provisorium, das ist für mich klar. Bei Betrachtung der auf der Westenfelder Straße (Friedenskirche) und am Alten Markt (Propstei-Kirche) aufgestellten Findlinge fällt sofort auf: Diese 40 Steine stören das Stadtbild durch ihre Wuchtigkeit und durch ihre Farbgebung! Und deshalb möchte ich gerne wissen, wann es einen Termin gibt, bei dem die hässlichen Quader ausgetauscht und durch Steine ersetzt werden, die eher zum Umfeld passen“, sagt Hans-Josef Winkler, Wattenscheider Bezirksfraktionsvorsitzender der **UWG: Freie Bürger**, und hat für die kommende Bezirksvertretungssitzung eine entsprechende Anfrage formuliert.

Nachdem es den Ordnungskräften in der Wattenscheider Innenstadt in der Vergangenheit offensichtlich nicht gelungen sei, das verkehrswidrige Verhalten einiger Mitbürger\*innen in den Griff zu bekommen, sollen nun die 40 Steine als Sperrdienen und diejenigen, die sich nicht an Vorschriften halten, von ihrer Uneinsichtigkeit „überzeugen“. Winkler weiter: „Ist bekannt, ob sich das Befahren der Innenstadt seit Aufstellen der Steine überhaupt reduziert hat? Und wie hoch sind die bisher entstandenen Kosten?“



## TEMPOTAFELN BRINGEN MEHR RUHE IN DEN VERKEHR

Der Fraktionsvorsitzende der **UWG: Freie Bürger** in der Bezirksvertretung Wattenscheid, Hans-Josef Winkler, sieht die Bereitstellung von Bezirksmitteln für die Anschaffung von Tempotafeln als sinnvoll an. „Die Messtafeln, mit denen Autofahrer auf ihr Tempo hingewiesen werden, bringen eine spürbare Verbesserung und mehr Ruhe in den Verkehr“, sagt Winkler.

„Wir werden einen entsprechenden Antrag unterstützen. Hilfreich sind die Tempotafeln gerade auch



für jene Autofahrer, die unabsichtlich zu schnell fahren und – ohne gleich ein Bußgeld zu bekommen – so auf ihr regelwidriges Verhalten hingewiesen werden.“ Winkler stellt allerdings klar, dass am Standort Höntroper Straße (Aldi) die Tafeln kein Ersatz für die von der Fraktion **UWG: Freie Bürger** geforderte 150-Meter-Verlängerung der Tempo-30-Zone sein kann. „Daran halten wir fest, für diese Verlängerung werden wir uns weiterhin einsetzen“, bekräftigt Winkler.

Grundsätzlich müsse auch gesamtstädtisch darüber nachgedacht werden, ob man nicht pro Bezirk mehr als vier Tafeln aufstellen könne. Winkler: „Die Tafeln sind zum Beispiel auch vor Spielplätzen denkbar, machen dort sicherlich auch Sinn.“

# KOORDINIERUNGSSTELLE NÖTIG FÜR BESSEREN INFORMATIONSAUSTAUSCH

**Seit fast 40 Jahren bietet das Bochumer Frauenhaus bedrohten Frauen und ihren Kindern Schutz vor körperlicher Gewalt und seelischer Misshandlung. Aktueller Stand der Dinge ist der, dass ein lange geplanter Neubau realisiert werden konnte. „Darüber sind wir sehr froh, denn am neuen Standort haben wir unter anderem eine bessere Zimmeraufteilung, mehr Platz für die Kinder, ein barrierefreies Appartement für Frauen mit Behinderungen“, sagt Ulrike Langer, Leiterin der Einrichtung, die vom Caritasverband Bochum/Wattenscheid getragen wird. 14 Plätze gibt's für die Frauen, 15 für die Kinder.**

„Der Bedarf ist groß“, sagt Langer im Informationsgespräch mit Claudia Bolesta von der **UWG: Freie Bürger**, denn die Fälle von Gewalt gegen Frauen seien zahlenmässig unvermindert hoch. Das Frauenhaus bietet seinen Bewohnerinnen auf Zeit – im Schnitt sind sie 20 bis 30 Jahre alt – unter anderem eine umfassende psychosoziale Beratung an, leistet Unterstützung in rechtlichen und administrativen Fragen,

stellt den Kontakt zu Fachberatungsstellen her und hilft bei der Wohnungs- und Arbeitssuche. „Die Probleme der Frauen haben sich verändert, sind vielschichtiger geworden“, sagt Lange, die sich deswegen mehr Flexibilität in der Sozialverwaltung wünscht.

„Es ist offensichtlich wirklich nicht vernünftig, wenn Mitarbeiter\*innen des Frauenhauses unterschiedlichen Sachbearbeitern in unterschiedlichen Fachämtern hinterher telefonieren müssen, um Klärungen herbeizuführen“, resümiert Claudia Bolesta. „Das bindet Zeit, die sinnvoller genutzt werden kann. Denkbar wäre es für mich, eine spezielle Koordinierungsstelle im Rathaus einzurichten, um den Informationsaustausch effizienter zu gestalten.“



Die **UWG: Freie Bürger**-Ratsfraktion hat für die nächste Sitzung des Sozialausschusses einen Antrag eingebracht, der die Einrichtung einer Koordinierungsstelle fordert. „Wir hoffen sehr, dass auch die anderen Parteien hier Handlungsbedarf sehen und wir die Koordination zwischen den Frauenhäusern und der Stadtverwaltung zeitnah verbessern können“, so Hans-Josef Winkler, sozialpolitischer Sprecher der **UWG: Freie Bürger**.

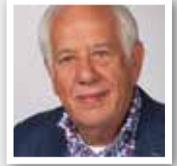
**Weitere Infos:** [www.caritas-bochum.de](http://www.caritas-bochum.de)

## GRÜNE SEHEN KEINE NOTWENDIGKEIT

„In der Sitzung des Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 23. Juni 2020 wies Sozialdezernentin Britta Anger darauf hin, dass für 2020 keine finanziellen Mittel für eine zusätzliche Koordinierungsstelle zur Verfügung stehen würden“, sagt Hans-Josef Winkler. Aufgrund der Aussagen von Ausschussmitglied Katharina Schubert-Loy (Grüne) und Britta Anger, beabsichtigte der sozialpolitische Sprecher der **UWG: Freie Bürger** zunächst, den Antrag in die Sitzung des AGS am 30. September zu schieben. Schubert-Loy allerdings, so Winkler, gab zu Bedenken, dass im September nur dann eine Sitzung stattfindet, wenn unaufschiebbare Entscheidungen vorliegen würden. „Des Weiteren betonte sie, dass es für eine Koordinierungsstelle keinen Bedarf gibt. Ich habe den Antrag daher aus folgendem Grund zurückgezogen: Wäre er abgelehnt worden, hätte ich ihn auch nicht formal neu stellen können. Somit wird die **UWG: Freie Bürger** den Antrag in der kommenden Wahlperiode erneut einbringen.“

## BOCHUM BESCHÄFTIGUNGSGESELLSCHAFT NIMMT FAHRT AUF

Die UWG: **Freie Bürger** hat bereits 2018 die Gründung einer kommunalen Beschäftigungsgesellschaft thematisiert und in Form eines Antrages in den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales eingebracht. Nach einigen Irrwegen konnte im Januar 2020 die Beschäftigungsgesellschaft dann tatsächlich den Betrieb ihrer Arbeit aufnehmen: „Eine Gesellschaft, die Menschen in dauerhafte, unbefristete und gute Arbeit mit fairen Löhnen bringt“, sagt Hans-Josef Winkler dazu, sozialpolitischer Sprecher der Wähler-Gemeinschaft.



In einer Sondersitzung des Beirats, die am 13. Juli stattfand, stellte die Geschäftsführerin Andrea Henze die Umsetzung noch einmal vor und berichtete über den aktuellen Planungsstand in den städtischen Einsatzfeldern: Hilfstätigkeiten im hauswirtschaftlichen Bereich städtischer Kindertageseinrichtungen, Unterstützung der hauptamtlichen Kräfte in Jugendfreizeithäusern mit handwerklichen und gärtnerischen Tätigkeiten, unterstützende Tätigkeiten an Schulen, Arbeitsstellen im Bereich der Gebäude- und Außenreinigung, bei der Digitalisierung von Akten, als Grillscouts und als Quartiershausmeister\*innen.

„In Summe ergaben sich 90 Beschäftigungsverhältnisse ab Juli-August 2020“, sagt Winkler, der auch Beiratsmitglied ist. „Wir sind noch am Anfang, aber ich kann versichern, dass dieses Thema für mich weiterhin auf der Agenda für meine politische Arbeit obenan steht.“

# ÖKOLOGISCHER NEUAUSBAU WERTET NATURRAUM RUND UM DEN MÜHLENBACH AUF

**„Es ist viel Neues passiert im Bochumer Norden“, freut sich Hans-Friedel Donschen von der UWG: Freie Bürger. „Vor allem für die Umwelt, für das Naturerlebnis, für den Stadtteil, letztlich für die Bürger“, sagt der Bezirkspolitiker. Und damit meint er unter anderem auch die Maßnahmen rund um den Gerther Mühlenbach, der eineinhalb Jahre lang aufwändig saniert und renaturiert wurde.**



Im oberen Ölbachtal zwischen Kirchharpener Straße und An der Halde habe der ökologische Neuausbau stattgefunden, dort finde man

nun anstelle eines altlastenbehafteten Gewässers einen sauberen, naturnahen Bachlauf. Bei Starkregen, so informiert auch die Stadt Bochum, sei der Bach in der Vergangenheit häufig mit verschmutztem Abwasser verunreinigt worden, die umgebende Fläche – noch vor rund 90 Jahren ein Güterbahnhof der ehemaligen Zeche Lothringen – mit Schadstoffen kontaminiert.

Heute nun ist der Bach vom Grundwasser getrennt. Das industriell verschmutzte Grubenwasser der ehemaligen Zeche Lothringen läuft in ein Becken, in dem es sich regeneriert und anschließend „sauber“ in den Bach läuft. In einer speziellen Pflanzenkläranlage, einem so genannten Bio-

Reaktor, werden Schadstoffe im Wasser durch die Wechselwirkung von Mikroben, Sonnenstrahlung und Wasserpflanzen abgebaut. Land und die Bezirksregierung förderten die Altlastensanierung und den ökologischen Gewässerausbau. Die gesamten Baukosten betragen rund 5,8 Millionen Euro und beinhalteten auch den Neubau einer Holzbrücke über den Gerther Mühlenbach. „Und wenn jetzt dort noch die Infotafeln gereinigt würden, wäre die Idylle und das Ambiente perfekt“, konstatiert Hans-Friedel Donschen, der es sehr ärgerlich findet, dass den Besuchern die Möglichkeit genommen wird, sich in die Historie zur Halde Lothringen und zum Ölbachtal einzulesen. „Die Verwaltung sollte einfach mal über vandalismusresistente Schautafeln nachdenken.“



# GEMEINDEAUFSICHT PRÜFT ARBEIT DER STADT BOCHUM: „FÜR EUPHORIE ABER IST KEIN RAUM“



**Die überörtliche Prüfung der GPA (Gemeindeprüfungsanstalt NRW) in der Stadt Bochum von September 2018 bis Dezember 2019 umfasste nicht das gesamte Verwaltungsgeschehen in Bochum, sondern nur die Bereiche Finanzen, Hilfen zur Erziehung (HzE), Hilfen zur Pflege, Grundsicherung nach SGB II, Verkehrsflächen, Friedhofswesen, Bauaufsicht, Zahlungsabwicklung.**

Fazit der Prüfungsfeststellungen: Es seien zwar bessere Jahresergebnisse erzielt worden – in 2018 erstmals wieder leicht positiv – die Stadt befinde sich aber weiterhin in einer strukturell defizitären Haushalts-situation. „Es besteht deshalb überhaupt kein Anlass, in den Konsolidierungsbemühungen nachzulassen. Die Stadt Bochum ist stark abhängig vom Finanzausgleich. Das Verschuldungsthema bleibt somit evident und ist von Bochum allein nicht zu lösen“, sagt Karl Heinz Sekowsky, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der **UWG: Freie Bürger**.

Risiken bestünden zudem hinsichtlich der Personal, vor allem aber auch der Versorgungsaufwendungen. Risiken bestünden weiterhin hinsichtlich der wirtschaftlichen Ergebnisse bei den städtischen Gesellschaften (Stadtwerke, Sparkasse etc). Sekowsky: „Der

Sanierungsstau bei Gebäuden, Plätzen, Straßen und so weiter bedarf einer zeit-nahen Auflösung. Die Personalsituation in verschiedenen Einheiten muss deutlich verbessert werden, insbesondere im Sozial- und Bauordnungsbereich. Das heißt also: Im handwerklichen, ablauforganisatorischen Geschehen in den geprüften Bereichen sind deutliche Verbesserungen erkennbar – für eine euphorische Beurteilung gibt es jedoch keinen Raum.“



# DIREKTWAHL ZUM RUHRPARLAMENT DES REGIONALVERBANDES RUHR(RVR)

## Die Unabhängige Wähler-Gemeinschaft UWG: Freie Bürger nimmt an der erstmaligen Direktwahl zum Ruhrparlament des Regionalverbandes Ruhr(RVR) teil. Warum?

Die Entscheidung, an der Direktwahl zum Ruhrparlament am 13. September 2020 teilzunehmen, traf die **UWG: Freie Bürger- Mitgliederversammlung** am 13. März 2020. Sie tat dies wohlwissend, dass die 2,5%-Sperrklausel eine hohe Hürde auf dem Weg zum Erfolg darstellen wird. Aber die Anwesenden waren unisono der Meinung, die vielen Wählerinnen

und Wähler in der „Metropole Ruhr“ hätten einen Anspruch darauf, durch ihre Mandatsträger an der Weiterentwicklung einer wirklichen Metropole Ruhr beteiligt zu sein. Die Metropole Ruhr ist eben nicht nur ein „Wirtschaftsförderungs-Projekt“.

Der Regionalverband Ruhr umfaßt 11 kreisfreie Städte und 4 Kreise mit 5,1 Mio.



Einwohnern. Bochum gehört als kreisfreie Stadt dazu. Diese Größenordnung vermittelt das Potential dieser Region. In der aktuellen Verbandsversammlung bilden SPD, CDU und Grüne eine Koalition mit 110 von 138 Sitzen. Diese Konstellation ergab sich 2014 durch die zu kurz verfasste SPD-Reserveliste. Das neu zu wählende Parlament setzt sich aus 91 Vertreterinnen und Vertretern zusammen - bei über 4 Mio. Wählern.

Ab 01.10.2004 regelt das neue Verbandsgesetz die erweiterten Zuständigkeiten in der regionalen Selbstverwaltung. Die Regionalplanung für das Ruhrgebiet wurde dem RVR 2009 übertragen - die Neuaufstellung ab 2020 lässt auf sich warten, muß jedoch unverzüglich nach der Kommunalwahl in Angriff genommen werden. Das fordern wir.

In den nächsten Jahren gibt es etliche Politikfelder, die im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen werden. Im Einzelnen u.a.:

- **Überarbeitung der Verwaltungsstruktur des RVR**
- **Haushalt / Schulden / WiFö / Arbeitsmarkt / Soziales**
- **Übergreifende Mobilität im Verbandsgebiet und darüber hinaus**
- **IGA 2027 / mögliche Olympische Spiele an Rhein und Ruhr**
- **Bildung und Umwelt**
- **Neuordnung des ÖPNV im technischen Bereich und den administrativen Einheiten**

Alle diese Politikfelder haben auch Auswirkungen auf das politische und verwaltungstechnische Handeln in Bochum. Wir wollen frühzeitig wissen, was in Essen geplant wird, damit wir gemeinsam mit Ihnen / Euch in den Diskurs eintreten können.

**Unterstützen Sie mit Ihrer Stimme unsere Liste für die Direktwahl - UWG: Freie Bürger!**



Karl Heinz  
Sekowsky  
(Listenplatz 1)



Hans-Friedel Walter  
Donschen  
(Listenplatz 2)



Hans-Josef  
Winkler  
(Listenplatz 3)



# Finde die Fehler

Wir haben im unteren Bild  
10 Fehler versteckt. Finden Sie sie?



UNABHÄNGIGE WÄHLER-GEMEINSCHAFT

**UWG: Freie Bürger**

So erhalten Sie  
Informationen  
über unsere  
Arbeit!

Marktsprechstunden mit  
unseren Mandatsträgern im  
gesamten Stadtgebiet



Bürgersprechstunden  
persönlich und telefonisch  
in unseren Büroräumen



Schaukästen  
im Stadtgebiet



„Banksprechstunde“  
an den von uns  
gestifteten Bänken



KONTAKT ZU UNS,  
TERMINE UND TAGESAKTUELLE  
MELDUNGEN FINDEN SIE UNTER:

www uwg-freie-buerger.de



facebook.com/uwgfrieiebuerger



twitter.com/uwgfrieiebuerger



instagram.com/uwgfrieiebuerger\_bo



Telefon: 0234 910-1983



info@uwg-freie-buerger.de

# NICHT WÄHLEN IST KEINE WAHL!

## SIE KÖNNEN DIE UWG: FREIE BÜRGER AB MITTE AUGUST AUCH PER BRIEFWAHL WÄHLEN!

**Sie möchten oder können in der akuten Zeit am 13.09.2020 nicht ins Wahllokal? Sie möchten die UWG: Freie Bürger von zuhause wählen? Dann wählen Sie einfach per Briefwahl! Diese können Sie ohne Angabe von Gründen beantragen.**

Bei der Briefwahl schicken Sie Ihren Stimmzettel mit der Post und müssen dann nicht mehr ins Wahllokal gehen.



### **Wie kann ich per Briefwahl wählen?**

Um per Briefwahl wählen zu können, ist ein entsprechender Antrag an die zuständige Gemeindebehörde zu stellen.

### **Den Wahlschein mit den Briefwahlunterlagen können Sie auf unterschiedliche Weise beantragen:**

- Per Post oder Fax mit dem Antragsformular, das auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung abgedruckt ist
- Mit einem formlosen Antrag per Post
- Mit einem formlosen Antrag per E-Mail
- Mit einem Online-Wahlscheinantrag
- Persönlich in der Sonderarbeitsgruppe Wahlen oder in einer Bezirksverwaltungsstelle (hier können Sie auch direkt an Ort und Stelle wählen.)

*Telefonische Antragstellung ist nicht möglich.*

Der Antrag per E-Mail oder Internet ist erst nach dem Versand der Wahlbenachrichtigungen möglich. Zu Ihrer Sicherheit werden Merkmale abgefragt, die nur Sie wissen können wie z. B. Vor- und Zuname, Straße und Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort und Geburtsdatum. Außerdem werden die Wahl- bzw. Ihre Stimmbezirksnummer und die laufende Nummer im Wählerverzeichnis benötigt, die Sie auf der Rückseite Ihrer Wahlbenachrichtigung finden.

### **Unterstützen Sie andere dabei, das Wahlrecht auszuüben!**

Sie können nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere Wahlberechtigte Briefwahlunterlagen beantragen. Voraussetzung ist eine entsprechende Vollmacht.

### **Ab wann geht die Briefwahl?**

Die Ausgabe der Briefwahlunterlagen kann frühestens nach der Zulassung der Wahlvorschläge erfolgen. Hiermit ist für Mitte August zu rechnen. Briefwahlunterlagen können bis zum Freitag vor dem Wahltag, 11.09.2020 – 18.00 Uhr beantragt werden.

### **Am besten die Briefwahl sofort und rechtzeitig erledigen!**

### **Ihre Stimmen**

**für unsere Kandidaten in  
Bezirksvertretung, Rat & RVR –  
ab Mitte August schon per Briefwahl!**